



Baurundblick

Nr. 11/2005
24. November 2005

In dieser Ausgabe u.a.

- Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen hofft auf Trendwende in 2006
- Herbstumfrage zur Baukonjunktur
- Bauindustrieverband unterstützt neue Bau-Messe in Hannover
- Minister Hirche zu Gast bei der Bauindustrie

Bauindustrietag 2005 Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen

(brb).- Große Resonanz aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung fand der Bauindustrietag 2005, den der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen am 3. November 2005 in Hannover veranstaltet hat. Verbandspräsident Prof. Dr.-Ing. Rolf Warmbold wies in seiner Positionsbeschreibung zur aktuellen Situation und Perspektive der Bauwirtschaft darauf hin, dass sich seiner Einschätzung nach die Bauwirtschaft in Niedersachsen und Bremen ebenso wie auf Bundesebene allmählich der konjunkturellen Talsohle nähere und für das Jahr 2006 – zumindest im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau - eine realistische Chance habe, den seit 1995 anhaltenden negativen Umsatztrend zu brechen.

Die weitere Entwicklung hängt nach Worten Warmbolds von den künftigen Rahmenbedingungen ab, die von der neuen Bundesregierung vorgegeben würden. Sollte aufgrund der desolaten Haushaltssituation eine Haushaltssperre ausgesprochen werden, hätte diese gravierende negative Auswirkungen auf den öffentlichen Bau.

Verbandspräsident Warmbold machte deutlich, dass die Bauunternehmen eine sehr lange Durststrecke hinter sich hätten. Im Ver-

gleich zum Jahr 2000 habe sich die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten jeweils um fast 40 Prozent verringert. Entsprechendes gelte für die Bauproduktion. Der Umsatz und der Auftragseingang seien im Vergleichszeitraum im Verbandsgebiet um jeweils etwa 60 Prozent eingebrochen. Diese Zahlen seien dramatisch und belegten, welch schwere Krise die Bauwirtschaft auch in Niedersachsen und Bremen durchlitten habe. Allerdings müsse in diesem Zusammenhang deutlich herausgestellt werden, dass es sich in allererster Linie um eine Krise der Baunachfrage handele.

Parallel zur Umsetzung notwendiger Reformen müsse sich die neue Bundesregierung wieder an den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans 2003 orientieren. Zusätzliche Investitionsmittel, so Prof. Warmbold, allein genügten jedoch nicht, um die Leistungsfähigkeit der Verkehrswegesysteme sicherzustellen. Gebraucht würde mehr denn je eine Organisationsreform, insbesondere der Straßenbaufinanzierung, aber auch der Straßenbauverwaltung.

Deutschland ist nach Meinung der Bauindustrie in den letzten drei Jahren auf dem Weg privatwirtschaftlicher Lösungen der öffentlichen Bauinfrastruktur bereits ein gutes Stück vorangekommen. Seit Herbst 2003 seien bereits 18 „echte“ PPP-Projekte im Hochbau realisiert worden. Weitere 79 mit einem Investitionsvolumen von fast fünf Milliarden Euro befänden sich in Vorbereitung oder bereits in der Ausschreibung. Die vielversprechenden Ansätze zur privatwirtschaftlichen Finanzierung und Realisierung öffentlicher Infrastruktur müssten zügig weiterentwickelt werden. Dabei darf nach Aussage Warmbolds der Mittelstand aber nicht auf der Strecke bleiben.

Im Bereich von Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau gehe es auch darum, in Deutschland zu schnelleren Planungsabläufen zu gelangen. Von der neuen Bundesre-

gierung forderte Warmbold deshalb, das kurz vor der zurückliegenden Bundestagswahl auf Eis gelegte Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz so schnell wie möglich wieder auf die parlamentarische Tagesordnung zu setzen.

Verbandspräsident Warmbold führte des Weiteren aus, dass sich die Unternehmen der Bauwirtschaft in den letzten Jahren vor allem durch Kapazitätsabbau, Stärkung der eigenen technischen Kompetenz, Erschließung ausländischer Märkte und von Dienstleistungsmärkten rund um das Bauwerk neu positioniert hätten. Jetzt sei die Politik am Zuge. Es bedürfe einer Investitionsoffensive sowie einer Verwirklichung weiterer Reformen zur Verbesserung der Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland. Bauinvestitionen dürften dabei nicht aus den Augen gelassen werden, da Bauen Zukunftsgestaltung bedeute und Voraussetzung sei für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur. Nur bei einer Optimierung von Verkehrswegen, von Bildungseinrichtungen und sozioökonomischen Bauwerken werde Deutschland heute und in Zukunft Chancen im europäischen Standortwettbewerb haben.

Herbstumfrage zur Baukonjunktur

(brb).- Nach Mitteilung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen wird die Situation der Bauwirtschaft gegenüber der Frühjahrsumfrage etwas optimistischer eingeschätzt. Dies ergab die traditionelle Herbstumfrage zur Baukonjunktur.

Die befragten Unternehmen beurteilen die gegenwärtige Geschäftslage insgesamt besser als in der letzten Umfrage im Frühsommer sowie in der Vorjahresumfrage im Herbst 2004. Der Anteil der Bauunternehmen, die ihre Geschäftslage mit gut bzw. unverändert bezeichnen liegt bei fast 57 Prozent. Auch die Beurteilung der Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate hat sich etwas verbessert. Etwa 55 Prozent erwarten für die nächsten sechs Monate eine bessere oder zumindest gleich bleibende Geschäftslage. Immerhin noch fast 45 Prozent der befragten Unternehmen gehen allerdings für die nähere Zukunft von einer Verschlechterung ihrer Geschäftslage aus.

Die größten Probleme sehen die Bauunternehmen aktuell in dem nach wie vor unauskömmlichen Preisniveau am Baumarkt. Es folgen der Rückgang der Baunachfrage und

die schlechte Zahlungsmoral der Auftraggeber.

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen unterstützt neue Bau-Messe in Hannover

(brb).- Die Messe AG veranstaltet vom 17. bis 19. Mai 2006 mit der PUBLIC INFRASTRUCTURE erstmalig eine hochkarätige Kongressmesse mit Kooperationsbörse für öffentliche Infrastrukturprojekte der Sektoren Hochbau, Verkehrssysteme sowie Ver- und Versorgungsnetze. Die PUBLIC INFRASTRUCTURE lässt sich mit keiner der etablierten Baumessen vergleichen und wird daher durch die Spitzenverbände der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft aktiv unterstützt.

Zielsetzung der Veranstaltung ist die Zusammenführung von Entscheidern aus Städten und Kommunen sowie Vertretern der Bundes-, Landes- und europäischen Ebenen mit Experten aus der Bau-, Betreiber- und Finanzwirtschaft. Die PUBLIC INFRASTRUCTURE bietet mit den Komponenten Kongress, begleitender Fachausstellung und Kooperationsbörse Bauunternehmen zahlreiche Möglichkeiten, sich aktiv und projektorientiert mit potenziellen Auftraggebern und Partnern zu vernetzen.

Die Veranstaltung kann bereits die ersten Anmeldungen verzeichnen. Prominentester Teilnehmer ist bislang die Deutsche Bahn Netz AG / DB Netz AG. Auch von politischer Seite findet das Konzept der PUBLIC INFRASTRUCTURE Anklang; so haben bereits Vertreter der EU-Kommission, der neuen EU-Mitgliedsstaaten und der deutschen kommunalen Spitzenverbände ihr Kommen angesagt.

Im Kongress werden in speziellen Foren Überblicke über Marktpotenziale und neue Geschäftsfelder in Deutschland und Mittel- und Osteuropa vermittelt und konkrete Strategien zur Erschließung dieser Marktmöglichkeiten aufgezeigt. Die Vorstellung realisierter und geplanter Projekte sowie Erfahrungsberichte runden diese Vortragsreihe ab. Eine weitere wichtige Rolle spielt das Thema PPP, seine Bedeutung für und Erschließung durch die mittelständische Bauwirtschaft. Kongressteilnehmer und Aussteller erfahren hier, wie Sie sich erfolgversprechend für PPP-Projekte aufstellen können, die richtigen Partner finden und betriebswirtschaftlich und rechtlich

die für ihr Unternehmen richtigen Entscheidungen treffen.

Minister Hirche zu Gast bei der Bauindustrie

(brb).- Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herr Walter Hirche, erklärte anlässlich des Bauindustrieebends des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen am 31. Oktober 2005 in Hannover, dass das Land Niedersachsen tagtäglich Mittel für Zinsen aufgelaufener Kredite aufwenden müsse, für die 10 Kilometer Landesstraßen gebaut werden könnten.

Bauwirtschaft und Infrastruktur aus gesamtwirtschaftlicher Sicht

(brb).- Anlässlich des Bauindustrietages 2005 referierte Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, zum Thema „Bauwirtschaft und Infrastruktur aus gesamtwirtschaftlicher Sicht“.

Die nachfolgenden Thesen standen im Mittelpunkt seiner Rede:

Die deutsche Bauwirtschaft befindet sich seit vielen Jahren in einem gravierenden Anpassungsprozess. Seit Mitte der 90er Jahre mussten rund 1 Million Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Wohnungsbauinvestitionen sind in der gleichen Zeit um fast 15 Prozent zurückgegangen. Sehr stark ist auch der gewerbliche Bau geschrumpft. Von 1995 bis heute hat die gewerbliche Wirtschaft ihr Auftragsvolumen beim Bauhauptgewerbe um rund 45 Prozent reduziert.

In der Tendenz ebenfalls abwärts gerichtet waren die staatlichen Bauaktivitäten. Vom letzten gesamtdeutschen Höhepunkt bis zur Jahrhundertwende belief sich der Rückgang der Investitionsausgaben für Bauten auf rund ein Viertel. Von 2000 bis 2004 zeigt sich ein weiteres Minus von fast einem Fünftel. In den letzten beiden Jahren ist der Sachvermögensstand der öffentlichen Hand zurückgegangen. Die staatlichen Nettoinvestitionen waren negativ. Der starke Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen hängt eng mit der überaus schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte zusammen.

Deutschland sollte alles tun, um die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages im kommenden Jahr wieder einzuhalten. Das Wachstum der Ausgaben der Gebietskörperschaften muss auf absehbare Zeit um rund

zwei Prozentpunkte hinter dem Anstieg der Einnahmen zurückbleiben, um die strukturelle Konsolidierung von mindestens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen.

Die strukturellen Probleme, mit denen die Bauwirtschaft zu kämpfen hat, können weder auf die Zinsentwicklung noch auf das Kreditangebot zurückgeführt werden.

Aus konjunktureller Sicht spricht einiges dafür, dass sich in der Bauwirtschaft eine gewisse Bodenbildung abzeichnet. Längerfristig wird sich die Bauwirtschaft in einem Kräftefeld bewegen, das durch die öffentlichen Finanzen, den demographischen Wandel, das allgemeine Wirtschaftswachstum und die Notwendigkeit struktureller Reformen gekennzeichnet ist. Wenn es der Wirtschaftspolitik gelingt, durch Reformen wieder Zuversicht auf mehr Wachstum zu erzeugen, hilft dies auch der Bauwirtschaft.

Wie in der Wirtschaft insgesamt, gibt es auch in der Bauwirtschaft einen ordnungspolitisch begründeten Anspruch auf ein Mindestmaß an Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Der aktuelle Kommentar:

Hoffnung ist noch keine Sicherheit

(brb) .- Bei den krisengeplagten Leuten vom Bau zwischen Harz und Nordsee keimt wieder Hoffnung. Die meisten Unternehmen, das belegt das Ergebnis der Herbstumfrage zur Baukonjunktur, schauen mit etwas größerem Optimismus als noch vor einem halben Jahr in die Zukunft. Prof. Dr. Rolf Warmbold, der Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen - Bremen, meint sehr vorsichtig, die Bauwirtschaft nähere sich allmählich der konjunkturellen Talsohle. Mehr noch, er sieht sogar im kommenden Jahr, wenigstens im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau, eine realistische Chance für eine Trendwende.

Dafür ist es höchste Zeit. Die ungebremste Talfahrt dieses wichtigen Wirtschaftszweigs, die vor einem Jahrzehnt begonnen hat, war und ist noch immer halsbrecherisch. Seit 2000 sind vier von zehn Betrieben kaputtgegangen, und die Gesamtzahl der Beschäftigten ist zugleich um annähernd 40 Prozent geschrumpft. Der dramatische Rückgang von Umsätzen und Aufträgen um sage und schreibe annähernd 60 Prozent ist dafür die Ursache. Wer leere Auftragsbücher hat, der

ist bei aller Tüchtigkeit irgendwann am Ende.

Die Hoffnung in der Bauwirtschaft, die Geschäftslage könnte sich im nächsten halben Jahr bessern oder zumindest nicht verschlechtern, ist zweifellos gepaart mit Bangigkeit. Wird die neue Bundesregierung eine Investitionsoffensive starten, um Deutschland mit einer Runderneuerung seiner Infrastruktur im Standortwettbewerb auf Dauer konkurrenzfähig zu machen, und wird sie dabei den zeit- und geldsparenden Weg der privatwirtschaftlichen Finanzierung öffentlicher Bauvorhaben entschlossen weiter gehen? Wird diese Regierung tatsächlich die Kraft zu einer Staatsmodernisierung aufbringen und sich daran machen, die wuchernde Bürokratie endlich abzubauen, die von A wie Aufsichtsunwesen bis Z wie Zulassungsbescheid das Land, seine Bürger und seine Wirtschaft in ihrem lähmenden Griff hält?

Der begrenzte Optimismus in der Bauwirtschaft setzt darauf, dass wichtige Reformen verwirklicht werden und nicht länger bloße Absichtserklärungen bleiben. Wenn alles so bleibt, wie es bedauerlicherweise ist, dann wird sich die Talsohle, die manche aufatmend bereits zu sehen meinen, wie eine Fata Morgana als optische Täuschung herausstellen. Das wäre auch und vor allem ein konjunktur- und arbeitsmarktpolitisches Verhängnis und nicht allein ein Unglück für die Leute vom Bau.

Standortwettbewerb der Bundesländer: Der Süden weiter vorn

(brb).- Im neuen Standort-Ranking der deutschen Bundesländer zeigt sich das gewohnte Bild. Abgesehen vom Stadtstaat Hamburg auf Platz 1 folgen in der Tabelle mit Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz süd- bzw. südwestdeutsche Bundesländer. Am Ende der Tabelle liegen unverändert die fünf neuen Bundesländer sowie Berlin. Niedersachsen belegt Rang 10, Bremen Rang 6.

Im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung untersuchte Prof. Dr. Norbert Berthold von der Universität Würzburg in der Studie "Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005" die Entwicklung in den vergangenen Jahren. Die Untersuchung knüpft an Vorgängerstudien der Jahre 2001 und 2003 an, über die der Hauptverband seinerzeit informierte.

Wie sich die einzelnen Bundesländer entwickeln, wird anhand der drei Bereiche Be-

schäftigung (Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit), Einkommen (Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum) sowie Sicherheit (Anteil der Sozialhilfeempfänger und Zahl der nichtaufgeklärten Straftaten) untersucht. Die Bereiche Beschäftigung und Einkommen werden mit dem Faktor 1 und der Bereich Sicherheit mit dem Faktor 0,25 gewichtet.

In einem ersten Schritt wird ein Erfolgsindex ermittelt, der ausdrückt, wie attraktiv und erfolgreich die einzelnen Bundesländer im Standortwettbewerb sind. Auf den ersten vier Positionen gab es im aktuell untersuchten Zeitraum 2002 bis 2004 keine Veränderung gegenüber der Vorgängerstudie. "Aufsteiger" in der Ländertabelle ist Rheinland-Pfalz, das auf Rang fünf vorgerückt ist. In der Veränderung der "Punktwertung" gegenüber dem Zeitraum 1999 bis 2001 machen allerdings Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen die größten Sprünge nach oben. Demgegenüber hat sich der Erfolgsindex des Spitzenquartetts gegenüber dem Zeitraum 1999 bis 2001 verschlechtert.

Während der Erfolgsindex die Standortqualitäten und Lebensverhältnisse der einzelnen Bundesländer relativ zueinander abbildet, fließen in den Aktivitätsindex die Faktoren ein, die zum Erfolg beitragen und das Abschneiden der Länder bei den einzelnen Zielgrößen erklären. Dieser Index erlaubt eine Einschätzung der politischen Bemühungen der Bundesländer, im Standortwettbewerb erfolgreich abzuschneiden. In diesem Index fällt Hamburg deutlich aus der Spitzengruppe heraus, die nun von Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz gebildet wird. Deren Position bleibt gegenüber dem Untersuchungszeitraum 1999 bis 2001 konstant.

Welche Länder im Aktivitätsindex gut abschneiden und damit konsequent auf ihren Erfolg hinarbeiten, hängt nicht zuletzt vom jeweiligen finanziellen Handlungsspielraum ab. Die Berechnungen von Prof. Berthold belegen den großen Einfluss der Haushaltspolitik; so beeinträchtigt ein hoher Schuldenstand das Wirtschaftswachstum. Entscheidend ist allerdings nicht nur, dass durch eine sparsame Haushaltsführung Verschuldung und Zinslast im Rahmen gehalten werden können. Wichtig ist auch, wie die Länder den verbleibenden haushaltspolitischen Spielraum nutzen. Investitionen in die Zukunft des Landes erweisen sich als positiv. Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur, gut ausgestatteten Hochschulen sowie einer angemessen geförderten Forschungsland-

schaft werden günstige Voraussetzungen für wirtschaftliche Aktivität und ein hohes Beschäftigungsniveau geschaffen. Hier erreicht Niedersachsen Rang 4; Bremen Rang 11.

Interessante Ergebnisse zeigt auch ein Blick auf die haushaltspolitischen Kennzahlen. Sowohl bei der Zinslast- als auch bei der Investitionsquote gibt es nicht nur zwischen allen Bundesländern sondern auch innerhalb der Gruppe der westdeutschen bzw. ostdeutschen Länder beträchtliche Unterschiede. Bei der Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur zeigt sich, dass trotz des Aufholprozesses das Niveau in den ostdeutschen Flächenländern (abgesehen von Brandenburg) teilweise noch beträchtlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibt.

Öffentliche Investitionen: Weiterhin Nachholbedarf bei der Infrastruktur in Ostdeutschland

(brb).- Das staatliche Anlagevermögen je Einwohner lag zum Jahresanfang 2005 bei knapp 20.000 Euro je Einwohner in Westdeutschland und gut 14.000 Euro in Ostdeutschland. Aus der Differenz von 5.850 Euro je Einwohner ergibt sich ein Nachholbedarf an öffentlicher Infrastruktur in den neuen Bundesländern von nahezu 80 Milliarden Euro.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin hat bereits mehrfach - im Zuge der Solidarpaktverhandlungen - das staatliche Anlagevermögen in West- und Ostdeutschland berechnet. Bei den Hochrechnungen im Jahr 2001, die auch als Basis für den Solidarpakt II (der ab 2005 gilt) genutzt wurden, war die Einschätzung des DIW hinsichtlich der Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland eindeutig zu positiv. Nach Aussage des DIW führten nicht vorhergesehene Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von jährlich 7 - 8 Milliarden Euro vor allem beim flexiblen Teil der öffentlichen Ausgaben zu Anpassungen, vornehmlich bei den öffentlichen Sachinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten).

Dabei wurden die Investitionsausgaben in Ostdeutschland weitaus stärker als in Westdeutschland gekürzt; dort wiederum wurden die Investitionsausgaben in den finanzschwachen Ländern stärker zurückgefahren als in den Geberländern des Länderfinanzausgleichs. In der Konsequenz sind die Investitionsausgaben der Länder und Gemeinden im Zeitraum 1998 bis 2004 nicht - wie in der

Schätzung des DIW Berlin 2001 angenommen - um jährlich knapp 4 Prozent expandiert; vielmehr sind sie um 3 Prozent pro Jahr geschrumpft.

Da die Investitionsausgaben je Einwohner in den neuen Bundesländern stärker zurückgefahren wurden als in Westdeutschland, ist auch die Angleichung beim staatlichen Anlagevermögen nicht soweit vorangekommen, wie seinerzeit berechnet. Anfang 2005 lag dieses in den neuen Bundesländern je Einwohner bei knapp 71 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Zudem wäre die Lücke noch deutlich größer, wenn die Zahl der Einwohner in den ostdeutschen Flächenländern nicht so stark zurückgegangen wäre.

Die Finanzbeziehung Deutschland zum EU-Haushalt

(brb).- Deutschland leistet den höchsten absoluten Finanzierungsbeitrag zum EU-Haushalt. Im Jahr 2004 waren dies 8 ½ Milliarden Euro. Insbesondere auf Grund der im Vergleich zum EU-Durchschnitt geringen Bedeutung der Landwirtschaft in Deutschland zählt die Bundesrepublik auch gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft zu den größten Netto-Finanzierern des EU-Haushaltes.

KURZ NOTIERT

(brb).- Im Oktober 2005 stieg die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen (vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) Berufen in den alten Bundesländern im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1 Prozent auf 107.668.

In den neuen Bundesländern betrug die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen (vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) Berufen im Oktober 2005 116.138. Sie lag damit um 7,2 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (0511) 7 00 08 60
Telefax (0511) 7 00 86 86
ISDN (0511) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020964, BLZ 250 500 00
Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Amtsgericht Hannover HRB 55659
Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 178247194
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplar erbeten.